Drucks.-Nr. 2366/2025-2030

FDP-Fraktion im Rat der Stadt Bielefeld
Niederwall 25 · 33602 Bielefeld

Vorsitz des Rates der Stadt Bielefeld
Oberbürgermeisterin Dr. Christiana Bauer

FDP-Fraktion im
Rat der Stadt Bielefeld

Jan Maik Schlifter
Fraktionsvorsitzender
schlifter@fdp-bielefeld.de

Kontakt Fraktionsbüro:
Altes Rathaus EG Zi. 12
Niederwall 25 • 33602 Bielefeld
Telefon: 0521 51-20610
E-Mail: rat@fdp-bielefeld.de

Bielefeld, den 15.11.2026

„Leben muss bezahlbar sein - Gebührenbremse für Bielefeld“ - Antrag der FDP-Fraktion zur Sitzung des Rates der Stadt Bielefeld am 19.11.2026

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Dr. Bauer,

für die o.g. Sitzung stelle ich für die FDP-Fraktion folgenden Antrag:

Der Rat der Stadt Bielefeld beschließt:

1. Die Erhöhung kommunaler Gebühren wird künftig auf die jährliche Steigerung der Lebenshaltungskosten begrenzt.
2. Ist nach Auffassung des jeweiligen Amtes bzw. Eigenbetriebs eine Gebührenerhöhung oberhalb des indexierten Anstiegs der Lebenshaltungskosten erforderlich, wird diese Erhöhung ausgesetzt und eine Effizienzanalyse durch ein externes Beratungsunternehmen durchgeführt, um Kostensenkungspotenziale in diesem Leistungsbereich zu identifizieren.
3. Zusätzlich wird für diese Bereiche geprüft, ob eine Vergabe der in Frage stehenden Leistungen an private Dienstleister vorgenommen werden kann oder eine Durchführung durch andere Kommunen im Rahmen interkommunaler Zusammenarbeit möglich und kosteneffizient ist.

Begründung

Der Automatismus höhere Kosten verlässlich durch höhere Gebühren ausgleichen zu können, kann zu nachlassendem Engagement bei der effizienten Abwicklung städtischer Dienstleistungen führen. Immer höhere Anteile des Einkommens für gleichbleibende oder schlechter werdende städtische Dienstleistungen aufwenden zu müssen, verringert den finanziellen Spielraum für die Bürgerinnen und Bürger. Personalkostensteigerungen von 13% in einem Jahr ohne entsprechend bessere Leistungen können nicht als unvermeidbare Entwicklung hingenommen werden.

Mehr Effizienz, und die Möglichleiten privater Leistungserbringung müssen konsequent zur Gegensteuerung eingesetzt werden. Nicht die davonlaufenden Kosten des öffentlichen Dienstes sondern die zumutbare Beitragshöhe für die Bürgerinnen und Bürger müssen die Kostenziele der Stadt bestimmen.

Mit freundlichen Grüßen

Jan Maik Schlifter
Fraktionsvorsitzender